

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Kernkraft revitalisieren – Grundlagen schaffen für eine Energieversorgung der Zukunft

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest,
 1. dass die gegenwärtige, von der Bundesregierung betriebene Energiepolitik nicht geeignet ist, Deutschland mit preiswerter Energie zu versorgen.
 2. dass die wirtschaftliche Notwendigkeit einer Diversifizierung des Energieangebotes besteht.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mittels einer Bundesratsinitiative für eine Wiederbelebung der Kernkraft und zu diesem Zweck für eine Änderung des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) einzusetzen.
Hierbei ist eine Gesetzesänderung wie folgt anzustreben:
 1. § 1 Nummer 1 des Atomgesetzes wird wie folgt gefasst:

„1. für die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität den geordneten Betrieb sicherzustellen,“.

 2. § 7 Absatz 1a des Atomgesetzes wird gestrichen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Deutschland braucht den Ausstieg aus dem Ausstieg. Auf der UN-Klimakonferenz in Dubai im Dezember 2023 wurde angesichts des angestrebten Ausstieges aus fossilen Energieträgern konkret ein Ausbau der Kernenergie gefordert. Die Erklärung sieht eine Verdreifachung der Kapazitäten bis 2050 vor¹. Gleichzeitig bekräftigte die hessische Landesregierung ihr Versprechen aus dem schwarz-roten Koalitionsvertrag, Hessen zu einem führenden Standort für nukleare Energieinnovationen und die laserbasierte Kernfusion zu machen². Auch der Freistaat Bayern will eine führende Rolle in der Kernforschung einnehmen und hat einen Masterplan zur Förderung der Kernfusion und neuartiger Kerntechnologien entwickelt³. Am 5. Februar 2024 kündigte die tschechische Regierung den Bau von vier neuen Kernreaktoren in der Nähe Bayerns an⁴.

Mecklenburg-Vorpommern darf sich der modernen Kerntechnik nicht verschließen und auf eine ideologische Energiepolitik zurückziehen. Deutschland ist als Industrienation auf eine unterbrechungsfreie und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Dazu reicht es nicht aus, sich in der politischen Diskussion auf Windkraft- und Solaranlagen zu konzentrieren oder unrealistische Erwartungen in die wirtschaftliche Nutzung von Wasserstoff zu setzen. Photovoltaik und Windkraft können nur eine sinnvolle Ergänzung im Energiemix sein, aber keinen entscheidenden Beitrag zur Sicherung einer stabilen Energieversorgung leisten.

Seit dem vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2023 ist die Gefahr von Black- und Brownouts gestiegen und die Probleme mit der Netzstabilität haben zugenommen. Inzwischen belegen Stromimporte bei Dunkelflauten und der Bezug von ausländischem Atomstrom den deutschen Selbstbetrag. Eine stabile Energieversorgung ist auf grundlastfähige Kraftwerke angewiesen und kann nicht vom Wetter abhängig gemacht werden.

Aus heutiger Sicht muss es als schwerer Fehler erkannt werden, mitten in einer Energiekrise eine jahrzehntelang zuverlässige, preiswerte, sichere und CO₂-neutrale Energieversorgung in Deutschland fahrlässig aufgegeben zu haben. Der Ausstieg aus der Kernenergie hat nicht nur zu einer Renaissance der Kohle geführt, die mit einem Anteil von einem Drittel des in Deutschland eingespeisten Stroms der wichtigste Energieträger in Deutschland ist⁵, sondern nimmt auch eine wachsende Abhängigkeit von Erdgas billigend in Kauf.

Sowohl die daraus resultierende Abhängigkeit von Russland als auch die im Jahr 2022 ausgelöste Energiekrise sind selbstverschuldete Folgen dieser falschen Politik.

¹ ZDF/dpa: Weltklimakonferenz in Dubai – Rund 20 Staaten wollen Ausbau der Atomkraft <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/cop28-atomkraft-forderung-100.html> (abgerufen am 25. Januar 2024)

² Hessischer Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die 21. Legislaturperiode, S. 134

³ Bayerische Staatsregierung: Mission Kernfusion – Bayerischer Masterplan zur Förderung der Kernfusion und neuartiger Kerntechnologien, 28. September 2023

⁴ Tagesschau: Die tschechische Regierung plant den Bau von vier Atomreaktoren; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/tschechien-atomkraft-100.html> (abgerufen am 6. Februar 2024)

⁵ Statistisches Bundesamt: Stromerzeugung 2022 – Ein Drittel aus Kohle, ein Viertel aus Windkraft; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_090_43312.html (abgerufen am 25. Januar 2024)

Noch können diese schwerwiegenden Fehler der Vergangenheit zumindest teilweise korrigiert werden. Innerhalb von ein bis zwei Jahren könnten noch fünf Kraftwerke reaktiviert werden – Grohnde, Brokdorf, Neckarwestheim 2, Emsland und Isar 2. Das wäre deutlich günstiger als der Bau von 50 Gaskraftwerken, die künftig die Grundlast sichern sollen⁶. Die von der Bundesregierung am 5. Februar 2024 beschlossene Kraftwerksstrategie zum Bau neuer Gaskraftwerke sollte überarbeitet und nach dem Vorbild des tschechischen Weges neu ausgerichtet werden. Völlig unklar ist, wie das Paket in der Größenordnung von rund 10 Gigawatt einen Kohleausstieg im Umfang von mindestens 30 Gigawatt kompensieren und woher der Wasserstoff kommen soll. Dabei hat der Wiedereinstieg in die Kernenergie den Nebeneffekt, in der kerntechnischen Kompetenz anschlussfähig zu bleiben und für Zukunftsthemen wie moderne Kerntechnologien und die Kernfusion besser gerüstet zu sein.

Langfristiges Ziel muss der Bau neuer Kernkraftwerke und die Nutzung von Kernreaktoren der vierten Generation sein. Die moderne Kerntechnik ermöglicht die Entschärfung der bisher für die geologische Endlagerung vorgesehenen nuklearen Reststoffe, eine effiziente Brennstoffnutzung, eine deutliche Reduzierung der nuklearen Abfälle durch Recycling, Wettbewerbsfähigkeit und hohe Sicherheitsstandards.

Es ist an der Zeit, die Weichen für die Zukunft zu stellen und wieder eine stabile und preisgünstige Energieversorgung zu gewährleisten, die den Industriestandort und damit die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und den Wohlstand in Deutschland sichert. Der deutsche Sonderweg in der Energiepolitik muss beendet werden. Eine falsche Wirtschaftspolitik hat Mecklenburg-Vorpommern in den letzten drei Jahrzehnten im Ländervergleich zurückfallen lassen. Es ist an der Zeit, vermeintlich grüne Utopien hinter sich zu lassen und im Bundesrat auf ein Umdenken in der Bundespolitik hinzuwirken.

⁶ Michael Sauga, Gerald Traufetter: Warum Robert Habeck jetzt 50 neue Gaskraftwerke braucht, in: DER SPIEGEL 29/2023